



Foto: Alamy Stock

Foto: © Archiv Gundlach



STANDPUNKT

Richtig steuern

Ines Wallrodt über Lehren aus dem Tönnies-Skandal

So sehr sich Clemens Tönnies, der »Fleischbarone«, zum Feindbild eignet – es wäre falsch, sich vor allem auf ihn zu konzentrieren. Die Arbeitsbedingungen in Rheda-Wiedenbrück sind Ausdruck von Missständen, die es in der gesamten Fleischbranche gibt. Deshalb reicht es nicht, nach einem Tönnies-Boykott durch Supermärkte oder Kunden zu rufen. Zu lange schon wird in erster Linie über die individuelle Entscheidung an der Fleischtheke gestritten, dabei führen moralische Appelle, teures Fleisch zu kaufen, offenkundig nicht zu den nötigen Effekten.

Es ist daher gut, dass die Debatte endlich auf die Verantwortung des Staates für Arbeitsbedingungen und Tierwohl schwenkt. Hier allerdings wieder nur bei höheren Fleischpreisen anzusetzen, ändert an der Ausbeutung der Beschäftigten erst mal gar nichts. Im Zweifel bleibt nur mehr hängen bei Händlern und Produzenten. Die Missstände in der Tierhaltung und in den Zerlegebetrieben sind zuallererst Aufgaben für den Staat. Und wenn vernünftige Standards für Mensch und Tier durchgesetzt werden, wird sich das auch auf die Preise auswirken.

Verboten gehört deshalb ein Geschäftsmodell, das Verantwortung auf Subunternehmer abschiebt. Verboten gehören Werkverträge, deren einziger Zweck es ist, Beschäftigten Schutz vorzuhalten. Und ermöglicht werden müssen regelmäßige und effektive Kontrollen auf Schlachthöfen – auch unangemeldet. Das alles ist auch nach dem jetzigen Skandal kein Selbstläufer. Dafür ist anhaltender Druck nötig, der sich mal eine Weile nicht von Appellen an Einzelne ablenken lassen darf.

UNTEN LINKS

Die Coronakrise reißt große Löcher in die Wirtschaft. Viele Jobs sind unsicher. Wohl dem, der eine Arbeitsplatzgarantie hat – oder sich eine basteln kann. Mit dieser Frage beschäftigt sich auch Christian Lindner, und zwar ganz persönlich und unter Hochdruck. Der Mann, der seit fast sieben Jahren Vorsitzender der Spaßpartei FDP ist, hat sich eine raffinierte, fast schon hinterhältige Strategie einfallen lassen, die sein Auskommen sichern soll. Er wolle die FDP wieder in Regierungsverantwortung führen (wie gesagt, Spaßpartei) und will erst dann Platz für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin machen, wenn die FDP »erkennbar als Gestaltungsfaktor in einer Regierung« platziert ist. Er redet von einer Partei, die gerade Mühe hat, in den Umfragen nicht allzu weit unter die Fünf-Prozent-Marke zu rutschen. Aber genau das ist ja der Clou: Nur noch 25 Jahre Opposition, gern auch mal außerparlamentarisch, und dann steht dem fröhlichen Rentnerleben nichts mehr im Wege. wh



Das Schweinesystem wankt

Deutschlands größte Fleischfabrik Tönnies verspricht Veränderungen der Branche



Protest am Wochenende vor der Fleischfabrik in Rheda-Wiedenbrück

Foto: dpa/Friso Gentsch

Gütersloh. In Deutschlands größter Fleischfabrik im ostwestfälischen Kreis Gütersloh wurde bei mehr als 1300 Beschäftigten das Corona-Virus nachgewiesen. Gut 200 Ergebnisse von den insgesamt 6139 getesteten Mitarbeitern standen am Sonntagabend noch aus. Der Kreis überschreitet damit den von Bund und Ländern vereinbarten Grenzwert von 50 Corona-Neuinfektionen binnen einer Woche je 100 000 Einwohner klar. Für einen Lockdown sehen die Behörden dennoch keinen Grund. Vorerst könnten »zielgerichtete Maßnahmen« ergriffen werden, erklärte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet

(CDU). Bisher gebe es »keinen signifikanten Übersprung« in die allgemeine Bevölkerung. Eine Verhängung allgemeiner Ausgangsbeschränkungen sei aber weiter denkbar.

Der massive Corona-Ausbruch beim Marktführer Tönnies, der im vergangenen Jahr auf 16,7 Millionen geschlachtete Schweine kam, befeuert die politische Debatte über Arbeitsbedingungen und Tierwohl in der Fleischindustrie. Firmeneigner Clemens Tönnies deutete Veränderungen an: »So werden wir nicht weitermachen. (...) Wir werden die Branche verändern.« Der Betrieb der Firma Tönnies bleibt nun für zwei Wochen geschlossen. Die

komplette Belegschaft steht unter Quarantäne. Der Landrat des Kreises Gütersloh, Sven-Georg Adenauer (CDU), räumte am Sonntag jedoch ein, es sei nicht auszuschließen, dass aus dem Ausland stammende erkrankte Tönnies-Mitarbeiter bereits »nach Hause gefahren sind«.

Ministerpräsident Laschet sieht bei der Versorgung der Betroffenen nun das Unternehmen »in der Pflicht«. Dieses müsse dafür sorgen, dass die Mitarbeiter Lebensmittel erhielten, aber auch Hygieneartikel und andere Dinge des täglichen Lebens. Der Malteser Hilfsdienst und das Deutsche Rote Kreuz unterstützen die Versorgung. nd Seite 9

Rassisten vom Sockel geholt

In den USA wurden am Wochenende erneut Statuen gestürzt, die die Sklaverei verherrlichten

Am Gedenktag der Befreiung der Sklaven in den USA wurden wieder Denkmäler gestürzt. Auch in den Niederlanden protestierten Menschen so gegen die Verherrlichung der Kolonialgeschichte.

Von Alexander Isele

Auch an zurückliegenden Wochenenden wurde in den USA über den Umgang mit der rassistischen Kolonialgeschichte gestritten. Im ganzen Land wurden bei Demonstrationen und Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt mehrere umstrittene Statuen von historischen Personen gestürzt, die mit Rassismus in Verbindung gebracht werden. In der US-Hauptstadt Washington zum Beispiel am Freitag eine Statue des Südstaaten-Generals Albert Pike. Die zu Fall gebrachte Statue wurde mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt. US-Präsident Donald Trump forderte auf Twitter, die Täter sollten festgenommen

werden, und warf der Polizei Versagen vor. Trump nannte den Sturz der historisch aufgeladenen Statuen eine »Schande«.

Vor allem am Freitag, dem sogenannten »Juneteenth«, wurden mehrere Statuen zu Fall gebracht. In den USA wird am 19. Juni der Befreiung der Sklaven gedacht. An diesem Tag im Jahr 1865 hatte eine Proklamation in Texas das Ende der Sklaverei markiert. Kurz zuvor war der Bürgerkrieg mit einem Sieg über die Sklaverei befürwortenden Südstaaten zu Ende gegangen. Die seit Wochen andauernden Proteste in den USA nach dem Tod des Schwarzen George Floyd bei einem brutalen Polizeieinsatz ließen den Konflikt um Statuen, die in Verbindung mit Rassismus gebracht werden, neu aufflammen. In Portland (Oregon) wurde am Wochenende eine Statue des ersten US-Präsidenten George Washington gestürzt, der zahlreiche Sklaven besessen hatte. In San

Francisco wurden mindestens drei weitere Statuen gestürzt, berichtete der Fernsehsender CBS.

Auch in anderen Ländern gab es am Wochenende Proteste gegen Denkmäler. So kam es im niederländischen Hoorn nach einer Demonstration gegen ein Denkmal

Am »Juneteenth«, dem 19. Juni, wird in den USA an das Ende der Sklaverei erinnert.

aus der Kolonialzeit zu heftigen Unruhen. Die Statue stellt Jan Pieterszoon Coen (1587 bis 1629) dar, Generalgouverneur der Ostindien-Kolonie. Coen hat den Beinamen »Schlächter von Banda« – er war verantwortlich für ein Massaker auf einer Gewürzinsel desselben Namens. Auch in London

waren für Sonntagnachmittag Demonstrationen gegen Rassismus angekündigt.

Derweil kamen zur ersten Wahlkampfveranstaltung des US-Präsidenten nach dem Corona-Lockdown deutlich weniger Besucher als erwartet. Nachdem Trump wegen heftiger Kritik die Veranstaltung in Tulsa im Bundesstaat Oklahoma den Auftritt vom »Juneteenth« auf Samstag verschoben hatte – Tulsa ist der Ort eines brutalen Massakers von Weißen an Schwarzen –, blieb die 19 000 Menschen fassende Halle zu einem Drittel leer. Das Wahlkampfteam Trumps hatte zuvor behauptet, es Millionen Anmeldungen gegeben. In seiner Rede erwähnte Trump George Floyd nicht, auch Rassismus oder Polizeigewalt thematisierte er nicht. Stattdessen sagte Trump unter Applaus: »Wenn die Demokraten an die Macht kommen, dann werden die Randalierer das Sagen haben und niemand wird mehr sicher sein.«

Behördenversagen im Fall Amri

Linke-Abgeordnete Renner kritisiert strukturelle Defizite

Berlin. Die Linke-Abgeordnete Martina Renner hat den Ermittlungsbehörden im Zusammenhang mit dem Attentat auf dem Berliner Breitscheidplatz Ende 2016 schwere Versäumnisse vorgeworfen. »Da waren Leute im verantwortlichen Dezernat im Staatsschutzbereich des Landeskriminalamtes Berlin eingesetzt, die überhaupt keine Ahnung hatten zu dem Phänomenbereich, mit dem sie sich dort beschäftigt haben«, sagte Renner dem »nd«.

Der Bundestags-Untersuchungsausschuss stößt Renner zufolge auf grundlegende Ausbildungsdefizite beim Berliner Landeskriminalamt. Einerseits fehle es an der Sachkompetenz zum Dschihadismus. Andererseits hatte der Fall sehr schnell Dimensionen angenommen, die von der Berliner Landespolizei nicht mehr abzudecken waren. Immer wieder gerät das Bundeskriminalamt in die Kritik, das die Ermittlungen nicht an sich zog. Der Untersuchungsausschuss prüft, ob es »eine Arbeitseinstellung gab, bei der einfach keine Verantwortung übernommen werden sollte«, so Renner. dal Seite 2

Aktionstag gegen Mietenwahnsinn

Mehrere Tausend Menschen gingen in 16 Städten auf die Straße

Berlin. Am bundesweiten Aktionstag von Mieter-Initiativen forderten mehrere Tausend Menschen in 16 Städten mehr bezahlbaren Wohnraum. Allein an der Berliner Demonstration unter dem Motto »Shut down Mietenwahnsinn – Sicheres Zuhause für alle!« beteiligten sich am Sonntagabend nach Angaben der Veranstalter rund 2000 Menschen. In Frankfurt am Main gingen rund 500, in Köln 250 und in München 120 Menschen auf die Straße. Proteste gab es auch in Freiburg, Marburg, Aachen, Göttingen, Düsseldorf, Dresden, Potsdam, Bochum und Hannover.

In Frankfurt am Main wurde zugleich gegen Rassismus und Klimawandel protestiert. Die Mieten in der Stadt seien schon vor der Coronakrise für viele nicht mehr bezahlbar gewesen, sagte Felix Wiegand von der Initiative »Stadt für alle«. Diese Situation spitze sich jetzt zu. Ende Juni laufe die Stundung von Mieten in der Coronakrise aus, heißt es. Ab Herbst drohten Kündigungen und Zwangsräumungen. epd/nd Seite 7

Spanien beendet Corona-Notstand

Madriдер Regierung lockert nach 14 Wochen die Hygieneregeln

Madrid. Im früheren Corona-Hotspot Spanien herrscht seit Sonntag die »neue Normalität«. Nach genau 14 Wochen ging um Mitternacht der Notstand zur Eindämmung der Pandemie zu Ende. Die 47 Millionen Bürger des Landes durften sich erstmals seit dem 14. März wieder im ganzen Land frei bewegen. »Gemeinsam haben wir das Virus bezwungen«, schrieb Gesundheitsminister Salvador Illa auf Twitter. »Wir tun nun diesen Schritt allerdings, ohne zu vergessen, dass Covid-19 noch da ist«, betonte der Minister der linken Regierung.

In der »neuen Normalität« hält die Zentralregierung nur noch wenige Corona-Regeln landesweit aufrecht. Die Wichtigste: In geschlossenen Räumen und auch im Freien muss man Schutzmaske tragen, wenn ein Sicherheitsabstand von mindestens eineinhalb Metern nicht eingehalten werden kann. Nach einer am Sonntag veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sigma Dos wollen die meisten Spanier auch in Zukunft Vorsicht walten lassen. dpa/nd